

**Nr. 17/1475****Sofortmaßnahmen zur Sicherung des Kindeswohls einleiten!**

Antrag der Fraktion der CDU und der Gruppe der FDP  
vom 5. April 2011  
(Neufassung der Drucksache 17/1727 vom 4. April 2011)  
(Drucksache 17/1739)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

**Nr. 17/1476****Maßnahmen zur Sicherung des Kindeswohls weiterentwickeln!**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 7. April 2011  
(Drucksache 17/1742)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, Maßnahmen zur Erhöhung des Schutzes von Kindern substituierter bzw. drogenabhängiger Eltern zu ergreifen, insbesondere:
  - a) Die eingeleiteten Haaranalysen bei allen ein- bis dreijährigen Kindern, die bei ihren drogenabhängigen bzw. substituierten Eltern leben, sind schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen. Sollte sich der Verdacht bestätigen, dass Eltern ihren Kindern Drogen verabreicht haben, muss geprüft werden, ob regelmäßige Haaranalysen geeignet sind, diesen Drogenmissbrauch schneller aufzudecken oder ob andere Methoden wie Blutuntersuchungen erforderlich sind, um zweifelsfrei festzustellen, ob Kindern Drogen oder Medikamente verabreicht wurden. Dieses ist dann in die Vereinbarung zur Aufnahme in das Methadonprogramm der niedergelassenen Ärzte zwischen den substituierten Eltern und der Arztpraxis zu regeln.
  - b) Erarbeitung einer Definition von regelmäßigem/substitutionsgefährdendem Beigebrauch unter besonderer Berücksichtigung der Gefährdung des Kindeswohls.
  - c) Erarbeitung von Kriterien zur Verbesserung der Qualitätskontrolle im Methadonprogramm der niedergelassenen Ärzte unter besonderer Berücksichtigung der Sicherung des Kindeswohls.
  - d) Darauf hinzuwirken, dass bei den neu zu vereinbarenden Richtlinien der Ärztekammer zur Qualitätssicherung substituierungsgefährdender Beigebrauch bzw. erhebliche Abweichungen vom Therapieplan dazu führt, Substituierte aus dem Programm konsequent auszuschließen.
  - e) Bei substituierten Eltern muss sichergestellt werden, dass Beigebrauch ausgeschlossen werden kann. Ärztlich begründete Ausnahmen von Beigebrauch

- zu Beginn der Substitution, müssen dokumentiert und an die Sozialzentren gemeldet werden. Die Urinabgabe muss unter Sichtkontrolle in der Arztpraxis erfolgen, um gesichert Beigebrauch feststellen zu können. Gegebenenfalls sind regelmäßige obligatorische Kontrollen klinischer und laborchemischer Parameter, wie z. B. Haaranalysen, durchzuführen und in den Kontrakt zwischen Arzt und Substituierten mit aufzunehmen und zu dokumentieren.
- f) Substituierte Eltern sollen das Methadon grundsätzlich nur in der Arztpraxis unter Sichtkontrolle des behandelnden Arztes zu sich nehmen. Ärztlich begründete Methadonvergabe zum Gebrauch außerhalb der Arztpraxis bedarf einer fachlichen Einschätzung seitens der behandelnden Ärzte sowie der Akteure des Drogenhilfesystems.
  - g) Nach geltender Rechtslage ist die Substitutionsleistung nicht zu vergüten, wenn der Gebrauch von Suchtstoffen neben der Substitution ausgeweitet oder verfestigt ist. Dies soll auch sichergestellt werden.
  - h) Ein verpflichtender Einsatz von Hebammen bei Schwangerschaft von Abhängigen und Substituierten und der Einsatz von Familienhebammen nach der Niederkunft ist eine wichtige Unterstützung und soll verbindlich sichergestellt werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, verlässliche Kriterien aufzustellen, anhand derer die Erziehungsfähigkeit substituierter Eltern bewertet werden kann. Diese Kriterien sind in der fachlichen Weisung zum „Umgang mit Kindern substituierter bzw. drogenabhängiger Mütter/Väter bzw. Eltern“ festzuschreiben und dienen der Feststellung, ob die substituierten Eltern das Wohl ihres Kindes schützen können. Die Umsetzung der Weisung muss regelmäßig kontrolliert werden.
  3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auch weiterhin in jedem Einzelfall die Lebensrealität und Gefährdungssituation des betroffenen Kindes, das in einem Drogenumfeld aufwächst, zu beurteilen.
  4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Übermittlung von Daten der Polizeibehörde an das Amt für Soziale Dienste unverzüglich und sofort nach Bekanntwerden des Sachverhalts sicherzustellen, um Kenntnis von Drogendelikten, bei denen Kinder betroffen sein könnten, zu erlangen und um Kinder von mit Rauschgift handelnden Eltern besser schützen zu können.
  5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sicherzustellen, dass bei der Meldung jeglichen Verdachts von Drogenverabreichung an Kinder das Jugendamt weiterhin unverzüglich reagiert und den Verdachtsfall verfolgt.
  6. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die verbindliche Kooperation von Jugendamt, Kinderärzten, Frauenärzten, Akteuren des Drogenhilfesystems, Beratungsstellen und substituierenden Arztpraxen sowie Hebammen und Familienhebammen weiterzuentwickeln und noch verbindlicher zu gestalten. Dabei sind entsprechende Rückmeldungen zwischen den Beteiligten sicherzustellen.
  7. Der Senat wird gebeten, nach Abschluss und Vorliegen aller Ergebnisse aus den eingeleiteten Untersuchungen und abschließender Bewertung der vorliegenden Einzelfälle der Deputation einen Bericht vorzulegen, in dem dargelegt wird, welche Konsequenzen für das Methadonprogramm, die Rolle der Kassenärztlichen Vereinigung und die Rolle der niedergelassenen substituierenden Ärzte gezogen werden.

## **Nr. 17/1477**

### **II. Bericht zum Bremischen Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen**

Mitteilung des Senats vom 14. Dezember 2010  
(Drucksache 17/1588)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## **Nr. 17/1478**

### **2. Bericht über die Tätigkeit des Landesbehindertenbeauftragten für den Zeitraum vom 1. April 2007 bis 31. März 2009 vom 4. Januar 2011**

(Drucksache 17/1606)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 2. Bericht über die Tätigkeit des Landesbehindertenbeauftragten für den Zeitraum vom 1. April 2007 bis 31. März 2009 Kenntnis.

## **Nr. 17/1479**

### **Neuregelung des Glücksspielrechts**

Mitteilung des Senats vom 22. Februar 2011

(Drucksache 17/1667)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## **Nr. 17/1480**

### **Spielerschutz im bremischen Spielhallenwesen verbessern – Bremisches Spielhallengesetz (BremSpielhG)**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 5. April 2011

(Drucksache 17/1736)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

## **Nr. 17/1481**

### **Für ein liberales Glücksspielrecht**

Antrag der Gruppe der FDP

vom 5. April 2011

(Drucksache 17/1738)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 17/1482**

### **Für eine Verstetigung der Kommunalfinanzen – Die Gewerbesteuer zur Gemeindefortschrittsteuer weiterentwickeln**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 7. Dezember 2010

(Drucksache 17/1584)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 17/1483**

### **Übertragung des Tarifergebnisses im öffentlichen Dienst auf die Beamtinnen und Beamten des Landes Bremen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 22. März 2011

(Drucksache 17/1705)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 17/1484**

### **Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2011/2012 in der Freien Hansestadt Bremen (BremBBVAnpG 2011/2012)**

Mitteilung des Senats vom 29. März 2011  
(Drucksache 17/1711)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

## **Nr. 17/1485**

### **Bremisches Krankenhausgesetz (BremKrhG)**

Mitteilung des Senats vom 16. November 2010  
(Drucksache 17/1539)

2. Lesung

D a z u

### **Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 5. April 2011**

(Drucksache 17/1729)

u n d

### **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 5. April 2011**

(Drucksache 17/1733)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU (Drucksache 17/1729) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 17/1733) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

## **Nr. 17/1486**

### **Bremisches Krankenhausgesetz (BremKrhG)**

Bericht und Antrag des Ausschusses „Krankenhäuser im Land Bremen“  
vom 30. März 2011

(Drucksache 17/1723)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungen zu Drucksache 17/1539 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses „Krankenhäuser im Land Bremen“ Kenntnis.

## **Nr. 17/1487**

### **Krankenhausgesetz: Überflüssig, bürokratisch, schädlich**

Antrag der Gruppe der FDP  
vom 5. April 2011

(Drucksache 17/1728)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 17/1488**

### **Gerichtliche Mediation und außergerichtliche Streitschlichtung**

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 21. Dezember 2010  
(Drucksache 17/1598)

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 25. Januar 2011**

(Drucksache 17/1628)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## **Nr. 17/1489**

### **Opfer von seelischer und körperlicher Misshandlung und sexualisierter Gewaltde- likte schützen und entschädigen**

Mitteilung des Senats vom 21. Dezember 2010  
(Drucksache 17/1599)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## **Nr. 17/1490**

### **Wahl von Vertrauensleuten für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richter und Richterinnen am Finanzgericht**

Mitteilung des Senats vom 22. Februar 2011  
(Drucksache 17/1669)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Vertrauensleute und Vertreter/-innen des Ausschusses zur Wahl der ehrenamtlichen Richter und Richterinnen am Finanzgericht:

Brkic, Nada	Stellvertreter: Töben, Martin
Dr. Fricke, Dieter	Stellvertreter: Güthler, Jörg
Melinkat, Brigitte	Stellvertreter: Schöne, Knut
Müller-Warsewa, Marianne	Stellvertreter: Steffe, Frank
Schnittker, Christine	Stellvertreterin: Milch, Astrid
Toense, Andrea	Stellvertreter: Schattauer, Volker
Wilke, Norbert	Stellvertreter: Leinert, Jochen

## **Nr. 17/1491**

### **Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof**

Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2011  
(Drucksache 17/1638)  
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

## **Nr. 17/1492**

### **Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Hafentaatkontrolle und Änderung weiterer Vorschriften**

Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2011  
(Drucksache 17/1639)  
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

## **Nr. 17/1493**

### **Gesetz zur Anpassung des bremischen Rechts an das Wasserhaushaltsgesetz**

Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2011

(Drucksache 17/1650)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

## **Nr. 17/1494**

### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 16. Februar 2011

(Drucksache 17/1660)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

## **Nr. 17/1495**

### **Gesetz zur Änderung des Weiterbildungsgesetzes**

Mitteilung des Senats vom 8. März 2011

(Drucksache 17/1682)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

## **Nr. 17/1496**

### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Fischereigesetzes**

Mitteilung des Senats vom 8. März 2011

(Drucksache 17/1683)

1. Lesung

2. Lesung

D a z u

### **Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 5. April 2011**

(Drucksache 17/1732)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

## **Nr. 17/1497**

### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 44 vom 8. März 2011**

(Drucksache 17/1686)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

## **Nr. 17/1498**

### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 45 vom 29. März 2011**

(Drucksache 17/1724)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

## **Nr. 17/1499**

**Demokratische Willensbildung auf der europäischen und der bundesstaatlichen Ebene legitimieren; Einwirkungs- und Teilhabemöglichkeiten der deutschen Landesparlamente stärken**

**Bericht über die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Bundesrates und des Bundestages – LPK – vom 21. und 22. Juni 2010**

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 6. Juli 2010  
(Drucksache 17/1368)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der „Stuttgarter Erklärung“ der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente vom 21./22. Juni 2010 zu.

## **Nr. 17/1500**

**Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses zur Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft (Drs. 17/1368) – Demokratische Willensbildung auf der europäischen und der bundesstaatlichen Ebene legitimieren; Einwirkungs- und Teilhabemöglichkeiten der deutschen Landesparlamente stärken – Bericht über die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Bundesrates und des Bundestages – LPK – vom 21./22. Juni 2010**

**vom 21. März 2011**  
(Drucksache 17/1698)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

## **Nr. 17/1501**

**17. Bericht der bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau**

Mitteilung des Senats vom 11. Januar 2011  
(Drucksache 17/1608)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## **Nr. 17/1502**

**Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau zum 17. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2009 (Mitteilung des Senats vom 11. Januar 2011, Drs. 17/1608)**

**vom 21. März 2011**  
(Drucksache 17/1699)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau Kenntnis.

## **Nr. 17/1503**

### **Verwaltungsvorschrift über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatischen Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde)**

#### **hier: Auflistung der Beträge aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatischen Schenkungen für das Jahr 2010**

Mitteilung des Senats vom 22. März 2011  
(Drucksache 17/1703)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## **Nr. 17/1504**

### **Wahl eines Mitglieds des Landesrundfunkausschusses**

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Branka F e l b a (Börsenverein des Deutschen Buchhandels – Landesverband Niedersachsen-Bremen e. V.)

als Mitglied einer sonstigen gesellschaftlich relevanten Organisation im Sinne des § 49 Absatz 2 Nr. 3 des Bremischen Landesmediengesetzes anstelle von Frau Nadine Portillo, die gemäß § 50 Absatz 3 Absatz 1 Nr. 4 des Bremischen Landesmediengesetzes aus dem Landesrundfunkausschuss ausgeschieden ist, zum Mitglied des Landesrundfunkausschusses.

## **Nr. 17/1505**

### **Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Bremen nicht vom Bahnfernverkehr abhängen – Personennah- und Fernverkehr in Takt bringen – Wettbewerbsfähigkeit von Bahn und ÖPNV sicherstellen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 7. Januar 2011  
(Drucksache 17/1607)

D a z u

Bahnfernverkehr für Bremen verbessern und ÖPNV-Träger miteinander verknüpfen

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 24. März 2011  
(Drucksache 17/1706)

2. Die Situation von Betreuten in Bremen und Bremerhaven  
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 22. Dezember 2010  
(Drucksache 17/1605)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. März 2011  
(Drucksache 17/1684)

3. Auswirkungen der Aussetzung der Wehrpflicht auf das Land Bremen  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 18. Januar 2011  
(Drucksache 17/1613)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. Februar 2011  
(Drucksache 17/1668)



4. Bremisches Gesetz zur Errichtung und Führung eines Korruptionsregisters (Bremisches KorruptionsregisterG)  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 29. September 2009  
(Drucksache 17/937)  
2. Lesung
5. Bremisches Gesetz zur Errichtung und Führung eines Korruptionsregisters (Bremisches Korruptionsregistergesetz – BremKorG)  
Mitteilung des Senats vom 18. Januar 2011  
(Drucksache 17/1614)  
2. Lesung
6. Bremisches Korruptionsregistergesetz  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 17. Februar 2011  
(Drucksache 17/1661)
7. Offene Unternehmensbeteiligungen als Wirtschaftsförderinstrument nutzen  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 19. Januar 2011  
(Drucksache 17/1621)  
  
D a z u  
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 5. April 2011  
(Drucksache 17/1735)
8. Unerlaubte Telefonwerbung wirksam bekämpfen  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 19. Januar 2011  
(Drucksache 17/1622)
9. Unlautere Telefonwerbung effektiv verhindern – Vollzug bestehender Gesetze sicherstellen!  
Antrag der Fraktion der CDU und der Gruppe der FDP  
vom 6. April 2011  
(Drucksache 17/1741)
10. Zeitgemäße Unterstützung von Menschen mit Behinderung – Eingliederungshilfe weiterentwickeln  
Mitteilung des Senats vom 25. Januar 2011  
(Drucksache 17/1627)
11. Bericht des Petitionsausschusses Nr. 42 (Petition Nr. L 17/724)  
vom 1. Februar 2011  
(Drucksache 17/1633)
12. Zukunft des Bremer Sechstagerrenns  
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 2. Februar 2011  
(Drucksache 17/1637)  
  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 29. März 2011  
(Drucksache 17/1720)
13. Sexueller Missbrauch von Kindern  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 11. Februar 2011  
(Drucksache 17/1643)

14. Offenlegung der regionalen Kriminalität  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 15. Februar 2011  
(Drucksache 17/1645)
15. Zuordnung von Grundschulen in freier Trägerschaft ermöglichen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 15. Februar 2011  
(Drucksache 17/1646)
16. Gymnasiale Oberstufe in freier Trägerschaft jetzt genehmigen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 25. März 2011  
(Drucksache 17/1707)
17. Bericht „Befristung und Evaluation des bremischen Rechts und Entbürokratisierung“  
Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2011  
(Drucksache 17/1651)
18. Bürokratieabbau ernst nehmen – Befristung von Gesetzen beibehalten – Genehmigungsfiktion einführen!  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 29. März 2011  
(Drucksache 17/1710)
19. Fünftes Gesetz zur Bereinigung des bremischen Rechts  
Mitteilung des Senats vom 29. März 2011  
(Drucksache 17/1712)  
1. Lesung  
2. Lesung
20. Bremen als Modellregion „Bürokratieabbau“ profilieren  
Antrag der Gruppe der FDP  
vom 5. April 2011  
(Drucksache 17/1737)
21. Krankenversicherung für Selbstständige mit niedrigen Einkünften sichern  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 16. Februar 2011  
(Drucksache 17/1654)
22. Bildungs- und forschungsfreundliches Urheberrecht schaffen  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 16. Februar 2011  
(Drucksache 17/1658)
23. Umleitung des Eisenbahn-Güterverkehrs prüfen  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 24. Februar 2011  
(Drucksache 17/1678)
24. Deutschlandabitur schafft Transparenz, Vergleichbarkeit und Mobilität  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 8. März 2011  
(Drucksache 17/1681)
25. Zivilklausel der Bremer Universität  
Antrag (Entschließung) der Fraktion DIE LINKE  
vom 10. März 2011  
(Drucksache 17/1687)

26. Integration heißt Teilhabe ermöglichen und Lebensperspektiven gestalten  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 10. März 2011  
(Drucksache 17/1688)  
  
Dazu als Eingang:  
  
Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande  
Bremen 2007 bis 2011  
Mitteilung des Senats vom 29. März 2011  
(Drucksache 17/1716)
27. Abkommen zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Durchführung wasserschutzpolizeilicher Aufgaben auf der Weser und im Küstenmeer  
Mitteilung des Senats vom 15. März 2011  
(Drucksache 17/1690)
28. Gesetz zu dem Abkommen zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Durchführung wasserschutzpolizeilicher Aufgaben auf der Weser und im Küstenmeer  
Mitteilung des Senats vom 29. März 2011  
(Drucksache 17/1713)  
1. Lesung
29. Mittelweseranpassung bis 2014 zu Ende bringen!  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 22. März 2011  
(Drucksache 17/1700)
30. ISTEK – Informationsstelle ethnische Clans  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 22. März 2011  
(Drucksache 17/1701)
31. Abschiebung  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 22. März 2011  
(Drucksache 17/1702)

